

krati'sch-en Republik, in einem einheitlichen demokratischen Deutschland vereinigt sind.

(Lebhafte Zustimmung)

Wir können mit großer Genugtuung feststellen, daß der Kampf der Nationalen Front aller Deutschen um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik in eine neue Phase getreten ist. Mehr denn je können wir den Kampf um unsere gerechte Sache mit größerer Aussicht auf den Erfolg fortführen.

Die Deutsche Demokratische Republik steht nicht allein. Sie kann sich in ihrem Kampf um Frieden, Einheit und Recht stützen auf die Freundschaft mit der großen, mächtigen Sowjetunion, auf die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und auf die Freundschaft mit allen Friedenskräften ip der Welt.

(Starker Beifall)

Die Sowjetunion hat dem deutschen Volke in all den Jahren nach der Zerschlagung der Hitlermacht eine große, unschätzbare Hilfe geleistet, in materieller Hinsicht durch die Lieferung wertvoller Lebensmittel, Maschinen und Betriebsausrüstungen, durch die Vermittlung der reichen Erfahrungen beim planmäßigen wirtschaftlichen Aufbau, in politischer Hinsicht durch die Ermöglichung demokratischer Reformen auf allen Gebieten des Lebens in der Schaffung einer demokratischen Ordnung. Sie gibt uns jetzt in nationaler Hinsicht die Gelegenheit, eine eigene Außenpolitik zu entwickeln und unsere demokratische und friedensgewillte Zusammenarbeit mit den anderen Völkern unter Beweis zu stellen. So haben die erhebenden Ereignisse der letzten Tage allen ehrlichen Deutschen, auch denen, die es bisher nicht einsehen wollten, klar gemacht, daß nur eine Politik der ehrlichen Freundschaft mit der Sowjetunion die Einheit und Freiheit Deutschlands, den Frieden, den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes gewährleisten kann.

Unsere ehrliche Freundschaft mit der Sowjetunion wird ergänzt durch die Freundschaft mit den volksdemokratischen Ländern, insbesondere mit unseren Nachbarländern Polen und der Tschechoslowakei.

(Starker Beifall)

Niemals werden wir dulden, daß die Oder—Neiße-Grenze von den imperialistischen Interessenten an einem neuen Krieg zur Aufhetzung des deutschen Volkes gegen unseren polnischen Nachbarstaat mißbraucht werden kann! (Lebhafte Zustimmung)

Die Oder-Neiße-Grenze soll die Grenze des Friedens sein und niemals die freundschaftlichen Beziehungen zu dem polnischen Volke stören. Wir wünschen und erstreben die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zum Nutzen der beiderseitigen Völker.

Das gleiche wünschen wir mit den Völkern der tschechoslowakischen Republik und allen anderen Ländern der Volksdemokratie wie auch mit allen den Frieden liebenden Völkern der Welt. Diese Politik ist die einzige, die den Interessen des deutschen Volkes entspricht.

Wir sind uns der großen Verantwortung wohl bewußt, die dem deutschen Volke durch die Duldung und Unterstützung des barbarischen Hitlerkrieges aufgeladen wurde, und wir sind uns auch der Verpflichtungen bewußt, die wir zur Wiedergutmachung gegenüber den vom Hitlerkrieg betroffenen Ländern haben. Wir werden gewissenhaft die Verpflichtungen erfüllen, die uns das Potsdamer Abkommen auferlegt, wodurch wir uns wieder das Vertrauen der Welt erobern und uns in die Gemeinschaft der friedliebenden demokratischen Völker einreihen wollen.

Dazu aber ist es notwendig, daß wir für die Erfüllung dieser Verpflichtungen Sicherheiten in ganz Deutschland schaffen und der Politik ein Ende zu machen suchen, durch die im Westen Deutschlands die faschistischen und militaristischen Kräfte wieder die Oberhand

gewinnen und durch die die Vorbereitung für eine neue Aggression getroffen wird.

Ich appelliere deshalb an die Männer und Frauen im westdeutschen Bundestag und in der westdeutschen Bundesregierung, sich bewußt zu werden, in welcher Gefahr sich das deutsche Volk angesichts dieser Politik der Westmächte befindet, daß die Einheit Deutschlands zerstört, der Friedensvertrag verhindert, die nationale Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt wird und ihm ein neuer Krieg aufgezwungen werden soll.

Alles das kann aber verhindert werden, wenn der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung sich entschließen, nicht weiter diese Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte zu unterstützen, sondern den Kampf gegen sie aufzunehmen. Es geht nicht darum, ob die westdeutsche Bundesregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich gegenseitig anerkennen, sondern darum, gemeinsam oder nebeneinander den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu dienen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Friedensvertrag und um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu führen.

(Starker Beifall)

Wenn das von der westdeutschen Bundesregierung und dem westdeutschen Bundestag geschieht, dann werden wir uns einander nähern und werden schließlich die Spaltung Deutschlands beseitigen und eine Einheit Deutschlands schaffen, durch die Deutschland nicht zur Kolonie des amerikanischen Imperialismus und nicht zum Aufmarschgebiet für einen neuen imperialistischen Krieg gemacht wird. Wir wollen ein demokratisches, national und wirtschaftlich selbständiges Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt lebt.

(Lebhafter Beifall)

So richte ich meinen Appell auch an die Bevölkerung im Westen Deutschlands, sich nicht durch die gegen den Osten getriebene Hetze beirren zu lassen, sondern sich mit der Bevölkerung des Ostens zum gemeinsamen Kampfe um die Einheit Deutschlands und den Frieden zu verbinden und in der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Voraussetzungen für den Sieg des gemeinsamen Kampfes zu schaffen. Die Bevölkerung des Westens soll in den einstimmigen Beschlüssen aller Parteien und Massenorganisationen des Demokratischen Blocks und des Deutschen Volksrates zur Schaffung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der einstimmigen Wahl ihres Präsidenten die große Kraft erkennen, die der demokratischen Bewegung in der Ostzone innewohnt und die Deutschland und das deutsche Volk vor der Katastrophe bewahren wird, in die es von den westlichen Besatzungsmächten hineingetrieben werden soll.

Diese Einmütigkeit der Parteien und Organisationen in der Ostzone hebt sich würdig ab von dem traurigen Bild, das der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung in dem häßlichen Widerstreit des Parteigoismus der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bieten, daß der Präsident der westdeutschen Bundesrepublik, Heuß, mit nur 416 von 804 Stimmen der Bundesversammlung und der Bundeskanzler nur mit seiner eigenen Stimme, mit 202 von 402 Stimmen des Bundestages gewählt werden konnten. Dieser Widerstreit der Parteien ermöglicht gerade den Westmächten, sie gegeneinander auszuspielen und die Pläne der Westmächte durchzuführen.

Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte. Dank der unermüdbaren Arbeit der besten Kräfte des deutschen Volkes und dank der großen Hilfe, die uns die Sowjetregierung erwiesen hat, unternehmen wir die ersten Schritte der staatlichen Selbständigkeit des deutschen Volkes. Sorgen wir alle in verantwortungsbewußter, loyaler und freundschaftlicher Zusammenarbeit dafür, daß wir uns der Größe